



Neue Runde: Schwarz-Gelb und die Lobby

CDU/CSU und FDP sind vor der Atomindustrie eingeknickt

Die Katze ist aus dem Sack: CDU/CSU und FDP sind sich einig über die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken. Die Regierung fügt sich der Atomlobby und läutet eine neue Runde ihrer Klientelpolitik ein. Schwarz-Gelb will den Ausstieg vom Ausstieg ohne Mitsprache des Bundesrates beschließen. Die SPD wird jetzt im Sinne des Gemeinwohls gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien sowie Gewerkschaften und Verbänden Widerstand organisieren (siehe Infokasten).

Die Atomenergie ist eine Hochrisikotechnologie. Umfragen zufolge will die Mehrheit der Menschen in Deutschland keine Laufzeitverlängerung für Atommeiler! Sicherheitsbedenken und die Sorgen der Bevölkerung haben Union und FDP bei der Entscheidung für verlängerte Laufzeiten scheinbar schlicht ignoriert. Doch nicht nur Sicherheits-, sondern auch Arbeitsplatzsorgen beschäftigen viele. Gefährdet sind Tausende Arbeitsplätze bei den erneuerbaren Energien und die Spitzenstellung deutscher Unternehmen bei der Entwicklung dieser Zukunftstechnologien.

Eine Laufzeitverlängerung um durchschnittlich 12 Jahre bedeutet nach Angaben des Bundesamtes für

Strahlenschutz rund 4400 Tonnen mehr radioaktiven Abfall bis 2040. Ein Endlager gibt es nach wie vor nicht!

Finanziell lohnt sich diese Verlängerung weniger für den Bürger, denn für die großen Energiekonzerne. Schätzungen zufolge können die Unternehmen mit abgeschriebenen Atommeilern eine Million Euro täglich verdienen! Gleichzeitig

von 4,5 Milliarden Euro aus, die dieser Kompromiss die kommunalen Versorger kosten könnte. Sie fordern nun zurecht Ausgleichszahlungen.

Angesichts dieser Ausgangslage den Bundesrat bei der wichtigen Frage der Laufzeitverlängerung zu umgehen, halte ich für nicht verfassungskonform. Sollten CDU/CSU und FDP sich tatsächlich zu diesem Schritt entschließen, hat Rheinland-Pfalz bereits eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt. Immer wieder bringen Vertreterinnen und Vertreter von Schwarz-Gelb als Argument vor, dass der Ausstieg 2002 auch nicht der Zustimmung des Bundesrats bedurfte. Deshalb sei eine Verlängerung ebenso nicht zustimmungsbedürftig. Diese Argumentation ist schlicht nicht zulässig. Damals war die Mitsprache nicht nötig, da die Atomaufsicht der Länder als Auftragsverwaltung früher als bis dahin absehbar beendet werden sollte. Anders als ein früheres Ende bedeutet eine Laufzeitverlängerung eine Mehrbelastung für die Länder, z.B. durch den Fortbestand der Verwaltung und notwendige Sicherheitsüberprüfungen. Eine Zustimmung des Bundesrats ist deshalb bei einer Verlängerung unumgänglich.

Manfred Nink MdB

Anti-Atom-Protest

Die SPD ruft gemeinsam mit anderen Parteien, Verbänden und Initiativen auf zu verschiedenen **Demonstrationen gegen Atomenergie am 18. September 2010.**

Der Landesverband Rheinland-Pfalz beteiligt sich an einer **Demonstration in Perl.** Informationen unter: <http://www.cattenom-abschalten.de/>

Und die Bundespartei unterstützt den Aufruf zu einer **Großdemonstration in Berlin,** Informationen unter: <http://www.anti-atom-demo.de/>

befürchten Stadtwerke, die auf erneuerbare Energien gesetzt haben, Milliardenverluste. Verbände gehen

Neues Wachstum

Gesellschaftliches Bündnis für ein neues Wachstumsmodell

Der SPD-Parteivorstand fordert ein neues Wachstumsmodell und eine andere Wirtschaftspolitik als Antwort auf die Finanzkrise. Wie ein neues Wachstumsmodell realisiert werden soll, wird in einem Leitantrag an den außerordentlichen Bundesparteitag am 26. September 2010 in Berlin beschrieben.

Dieser Leitantrag zeigt, dass sich die SPD - anders als beispielsweise die schwarz-gelbe Bundesregierung - den wichtigen Fragen der Zukunft stellt. Es müssen Antworten gefunden werden, wie Finanzmärkte reguliert werden können, wie dabei gleichzeitig die Haushalte konsolidiert werden sollen, wie Investitionen angeregt werden können und wie Inflation verhindert werden kann. Zentral ist zudem, wie Beschäftigung langfristig gesichert werden kann. Wachstum muss auf Innovationen basieren und muss ökonomisch sowie ökologisch nachhaltig sein.

Klar ist nämlich, dass nach den Erfahrungen der letzten Jahren die Wirtschaftspolitik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene grundlegender Veränderungen bedarf. Die Finanzmärkte dürfen nicht mehr der zentrale Dreh- und Angelpunkt unseres Wirtschaftsmodells sein. Wirtschaftspolitik muss wieder stärker dafür Sorge tragen, dass sich das wirtschaftliche Handeln von Unternehmen und Banken am Gemeinwohl orientiert. Die Konzentration auf die Finanzmärkte, Deregulierung und die Entfesselung der Marktwirtschaft sind unter anderem Gründe für die

Finanzkrise.

Wirtschaftlicher Erfolg kann anders garantiert werden. Wirtschaftlicher Wohlstand, kultureller Fortschritt und soziale Sicherheit können nur durch die politische und gesellschaftliche Einbettung von Märkten, einem sozialen Ausgleich und die Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sichergestellt werden. Der öffentliche Sektor darf nicht geschwächt und muss vielmehr gestärkt werden. Der Leitantrag des Parteivorstandes sieht vor ein gesellschaftliches Bündnis zu schmieden, um ein neues Wachstumsmodell realisieren zu können. Eine gesellschaftliche Mehrheit aus Arbeitnehmern, Betriebsräten, Gewerkschaften, mittelständischen Unternehmern, Managern, Umweltverbänden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft muss sich dazu auf einige grundlegende Ziele verständigen können.

1. Vollbeschäftigung: Ein Interesse an Vollbeschäftigung erwächst aus dem Bestreben allen die Chance auf individuelle Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen, die öffentlichen Haushalte zu stabilisieren und die soziale Sicherung auf einem hohen Niveau zu erhalten.

2. Investition statt Spekulation: Vollbeschäftigung bedarf einer Anhebung der Investitionsquote durch die Unternehmen. Neue Anreize und Instrumente zur Stimulation von Investitionen in zukunftsfähige Produkte sind nötig.

3. Hohes öffentliches Investitionsniveau: Bildung, Forschung und öffentliche Infrastruktur sind ebenso wichtig für die Lebensqua-

lität. Das geht nur mit öffentlichen Investitionen.

4. Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung: Eine starke Binnennachfrage stärkt die Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb.

5. Kultur der Kooperation und Teilhabe: Die Mitbestimmung von Arbeitnehmern muss weiter gestärkt werden. Sie sichern den wirtschaftlichen Erfolg.

6. Gleichstellung von Frauen und Männern: Dieses Ziel ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern vor allem mit Blick auf den bevorstehenden Fachkräftemangel dringend geboten.

7. Nachhaltigkeit: Wohlstand macht sich nicht nur an quantitativen Größen fest. Ein stetig steigendes Bruttoinlandsprodukt ist nicht alles. Relevant als Grundlage für Wohlstand und den Zusammenhalt der Gesellschaft sind zudem ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit.

Unser Verständnis von dem, was Wachstum ist bzw. wie es gemessen wird, muss sich verändern. Mit einer **Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“** will die SPD-Fraktion eben solche Messgrundlagen im Dialog mit Wissenschaft und Gesellschaft ermitteln.

Außerordentlicher Bundesparteitag

26. September 2010,
STATION-Berlin



Informationen und Leitanträge unter:
<http://www.spd.de/de/aktuell/bundesparteitag2010/index.html>

Über den Hochmoselübergang informiert



Die SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Nink (vorne links), Gustav Herzog (vorne, Zweiter von links) und Klaus Hagemann (vorne rechts) haben sich beim Landesbetrieb Mobilität über die Arbeiten zur B 50 (neu) informiert. Nach der Besichtigung einiger Bauabschnitte trafen die Politiker auch Vertreter der Bürgerinitiative gegen den Hochmoselübergang zu einem Gespräch. Anlass für das Treffen war eine Petition der Bürgerinitiative an den Deutschen Bundestag.

Foto: Bell

In eigener Sache: Korrektur Spreebrief 09

In den Spreebrief 09 hat sich ein Fehler eingeschlichen, der trotz sorgfältiger Endredaktion übersehen wurden. An dieser Stelle soll deshalb eine Berichtigung nachgeholt werden. Auf Seite drei muss es unter der Überschrift „Umwelt und Verkehr“ im letzten Absatz „30 Jahre“ und nicht „300 Jahre“ heißen.

Vielen Dank an Manfred Turbing aus Saarburg, der den Spreebrief aufmerksam gelesen und diesen Fehler per E-Mail gemeldet hat.

Hinter den Kulissen

Fünfter Deutsch-Französischer Parlamentspreis

Der Deutsche Bundestag hat zum fünften Mal den mit 10.000 Euro dotierten Deutsch-Französischen Parlamentspreis ausgeschrieben. Bewerbungen sind noch bis November möglich.

Der Deutsche Bundestag und die Assemblée nationale verleihen alle zwei Jahre für wissenschaftliche Arbeiten, die zu einer besseren gegenseitigen Kenntnis der beiden Länder beitragen, den deutsch-französischen Parlamentspreis.

Um die mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung können sich deutsche und französische Staatsbürger bewerben, die ein juristisches, wirtschafts-, sozial-, politik- oder anderes geisteswissenschaftliches Werk verfasst haben, das seit August 2008 als selbständige Veröffentlichung erschienen ist. Gemeinschaftswerke

von bis zu drei Verfassern können berücksichtigt werden, wenn sich alle Autoren gemeinsam bewerben und einen wesentlichen und nachvollziehbaren Beitrag zum Gesamtwerk geleistet haben.

Die Arbeit muss in deutscher oder französischer Sprache abgefasst sein. Pro Bewerber wird nur jeweils eine Arbeit in das Verfahren aufge-

nommen. Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Nominierungen durch Dritte akzeptiert. Der Bewerbung sind beizufügen: Drei Exemplare des Werkes, ein Bewerbungsschreiben von höchstens einer Seite, ein Lebenslauf von höchstens zwei Seiten sowie eine Zusammenfassung des eingereichten Werkes von höchstens drei Seiten.

Bewerbungen bis **15. November 2010** an:

Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste
Fachbereich WD 1
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-38630
Fax: 030 / 227-36464
E-Mail: deutsch-franzoesischer-
preis@bundestag.de

**Manfred Nink und sein Team wünschen allen
Bewerberinnen und Bewerbern viel Erfolg!**

4 | Aus Partei und Fraktion

Herzlichen Glückwunsch Trierer SPD



Die SPD in Trier feiert in diesem Jahr ihr 120-jähriges Jubiläum. Seit 90 Jahren gestalten Sozialdemokraten zudem im Trierer Stadtrat Politik mit. Höhepunkt der Festwoche war eine Gala mit dem ehemaligen Bundesvorsitzenden, Bundestagsfraktionsvorsitzenden und Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel (Dritter von links). Foto: Hess

Bitte, den Fokus nicht verlieren

Liebe Freundinnen und Freunde!

Ob man den Fernseher einschaltet, das Radio anmacht, in die Zeitung blickt oder im Internet surft, die SPD macht derzeit Schlagzeilen: mit einem Parteiausschlussverfahren. Ich möchte an dieser Stelle keine Bewertung der umstrittenen Aussagen und Thesen Thilo Sarrazins vornehmen. Jeder von uns kann sich selbst informieren, belesen und sich eine Meinung bilden.

Ich möchte Euch vielmehr darum bitten, bei Diskussionen mit Kollegen und Freunden den eigentlichen Fokus nicht zu verlieren. Wir müssen eine sachliche Debatte zur Integrationspolitik führen. Wir müssen uns dabei mit unterschiedlichen Meinungen innerhalb unserer Partei, mit unseren eigenen Versäumnissen und mit den Positionen der anderen Parteien auseinanderset-

zen. So habe ich in der Zeitung gelesen, die CDU fordere jetzt „schärfere Sanktionen“ gegen sogenannte „integrationsunwillige Migranten“. Die Union versucht also bereits wieder ihr rechts-konservatives Profil mit alten Parolen zu stärken.

Ich bin mir sicher, dass Sozialdemokraten bessere Antworten finden können. In Rheinland-Pfalz z.B. wissen wir, dass kostenlose Plätze in Kindertagesstätten ein Angebot auch an Migranten sind. Neben solchen Angeboten müssen wir darüber sprechen, wie wir einen Rahmen setzen, der auch Verbindlichkeiten schafft. Welche Meinungen und Ideen habt Ihr dazu? Ich freue mich über Zuschriften.

*Herzlichst,
Euer*

Seit dem letzten Spreebrief

2. bis 15. August

Landeskonzferenz Wirtschaftsjuvenoren, Gespräch mit der Bürgerinitiative Igel, Ortstermin mit Minister Hering in Trier-Pallien und Igel, Wettbewerb der Jugendfeuerwehren des Kreises Trier-Saarburg in Kenn

16. bis 22. August

Informationsgespräch mit Sparkassenvorstand, Firmenbesuch im Industriepark Föhren, Infotour mit Minister Bruch und OB Jensen in Trier, Sitzung der SPD-Fraktion Kenn, IHK Sommerempfang, Vorstandssitzung SPD-Kreisverband Trier-Saarburg, Sitzung des Verwaltungsrates Sparkasse Trier, Landeswettbewerb Rote-Kreuz-Jugend in Bitburg, 140 Jahre Freiwillige Feuerwehr Mertesdorf

23. August bis 5. September

Besuchergruppenbetreuung in Berlin, Gespräch mit Vertretern der Bürgerinitiative gegen den Hochmoselübergang, Eröffnung Bürgertelefon D 115 in Trier, Ausstellungseröffnung Johannes Rau in Trier, Vorstandssitzung SPD AK in der VG Schweich, Empfang der Trierer SPD-Stadtratsfraktion zum 90-jährigen Jubiläum, Vor-Ort-Termin des Trierischen Volksfreunds an der B 51 in Könen, Galaabend 120 Jahre SPD Trier, Eröffnung Ehranger Markt, Eröffnung Saarweinfest in Saarburg

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de